

KOMMENTAR ZUM JAHRESWECHSEL 2008/2009

Polit-ökonomische Lehren für das Neue Jahr

Finanzmärkte am Abgrund

2008 wird als Negativjahr in die Wirtschaftsgeschichte eingehen. Erstmals ist die Weltwirtschaft durch eine Finanzmarktkrise neuen Typs an den Abgrund getrieben worden. Nachdem vor allem durch die massive Ausweitung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zu Lasten der Arbeits- und Sozialeinkommen Kapital auf die Mega-Finanzinvestoren im vermachteten Kasino-kapitalismus konzentriert wurde, sind neue Instrumente mit dem Ziel, schnell hohe Renditen zu erzielen, geschaffen worden. Diese Finanzinnovationen entpuppten sich bald als vergifteter Finanzschrott. Dazu gehören vor allem die zu handelbaren Wertpapieren mehrfach gebündelten Kredite aus der Finanzierung von Wohneigentum durch nicht alle zu einkommensstarke private Haushalte („subprime“) irgendwo in den USA. Aber auch das Glückspiel mit Zertifikaten, mit denen auf die Bewegung eines Aktienindexes - etwa den DAX - gewettet wurde, treiben die Entkoppelung gegenüber der zu finanzierenden Produktionswirtschaft voran. Schließlich wurden völlig exotische Renditeerwartungen der durch ein perverses Anreizsystem angetriebenen Finanzwelt die Richtschnur bei den Produktionsunternehmen außerhalb der Finanzmärkte nach dem Motto: Für Investmentbanker und Fonds sind die produzierenden Unternehmen nur dann attraktiv, wenn sie auf das eingesetzte Kapital eine Rendite von mindestens 25 nach Steuern erzielen. Die zerstörerischen Folgen dieser völlig irrealen Renditeerwartungen sind mittlerweile unübersehbar.

In Deutschland Krise im Doppelpack

Seit dem Frühjahr hat sich der Niedergang dieses hochspekulativen Turbokapitalismus dramatisch beschleunigt. Die vergifteten Finanzmarktprodukte zwangen zu massiven Abschreibungen nicht nur bei den Banken. In Deutschland traf der Absturz dieses finanzmarktgetriebenen Kapitalismus seit dem Herbst 2008 auf einen sich bereits seit dem Frühjahr abzeichnenden konjunkturellen Abschwung: Verluste bei den Zuwachsraten der Exporte stand eine trotz vorausgegangenem Wirtschaftsaufschwung stagnierende, ja schrumpfende private Konsumnachfrage gegenüber. Die Folgen dieser Krise im Doppelpack sind sattsam bekannt. Hätte die Finanzmarktkrise nur den Vermögenden und Managern Einbußen beschert, könnte für die große Mehrheit der Bevölkerung zur Tagesordnung übergegangen werden. Aber durch das ideologische Trommelfeuer und die politisch durchgesetzte Schrumpfung einer ausreichenden gesetzlichen Absicherung gegen soziale Risiken ist auch die große Masse der von Arbeitsplätzen und Sozialeinkommen Abhängigen in den Kauf von hoch riskanten Finanzmarktprodukten gezwungen worden. Schließlich kostet diese Wirtschaftskrise im Doppelpack das Vertrauen in das Bankensystem sowie Jobs und über sinkende Steuereinnahmen wird Einspardruck auf die öffentlichen Haushalte erhöht.

Politik und vorherrschende Beratungsökonomik haben sich blamiert

Ernsthafte Prognosen sagen zu Recht, die Wucht dieser Reinigungskrise wird sich weit über das Neue Jahr hinaus negativ auswirken. Umso wichtiger ist es, die Frage zu beantworten: Was ist zu tun? Am Anfang steht eine schonungslose Analyse der Ursachen mit den zwei bitteren Erkenntnissen: Politik hat zusammen mit der staatsoffiziellen Beratungsökonomik versagt. Die Politik hat mit dieser ungezügelter Liberalisierung der Finanzmärkte die Party, allerdings auch deren jähes Ende besorgt. Wann gestehen die Parteibosse der sozialdemokratisch-grünen Koalition ein, dass sie seit 2002 beispielsweise mit der Zulassung von Hedge-Fonds, von hochriskanten Zertifikaten, von Leerkäufen mit Spekulation auf Kursabsturz und schließlich mit der Befreiung der Gewinne von Steuern bei der Veräußerung von inländischen Beteiligungen von Kapitalgesellschaften die Krisendynamik beschleunigt haben? So lange hier nicht eine ungeschminkte Selbstkritik erfolgt, bleibt der Verdacht: Die Brandstifter versuchen jetzt mit löchrigen Schläuchen das Feuer unter Kontrolle zu bringen. Aber auch die gut bezahlte Beratungswirtschaftswissenschaft mit ihrem neoklassischen Credo von der Krisenfreiheit entfesselter Märkte hat sich mächtig blamiert. Die Möglichkeit der Krisenanfälligkeit dieser hybriden Finanzmärkte wurde nicht einmal modelliert. Nachdem am Anfang des Absturzes eine Schockstarre bei den Ratgebern zu erkennen war, werden jetzt wieder viele alte Parolen verkündet. Die Ursachen des Einbruchs werden weniger im Marktsystem als in der Politik aufgespürt, ja auf exogene Faktoren zurückgeführt. Beispielsweise wird immer wieder Alan Greenspan für die Entstehung der Krise durch Vergabe minderwertiger Hypotheken (Subprime-Krise) verantwortlich gemacht. Dabei ist Alan Greenspan Anfang dieses Jahrtausends wegen des drohenden Absturzes der Wirtschaft zur Politik des billigen Geldes gezwungen worden. Dass diese gesamtwirtschaftlich unvermeidbare Geldpolitik von den Hypothekenbanken schamlos durch die Vergabe von (unseriösen) Krediten an Hauskäufer und deren nachfolgende Verpackung zu Wertpapieren ausgenutzt worden ist, kann doch nicht ursächlich dem damaligen Notenbankpräsidenten in die Schuhe geschoben werden. Auch grenzt es an Lächerlichkeit, wenn der „Rat der fünf Weisen“ in seinem jüngsten Gutachten den 15. September, den Tag, an dem die US-Administration Lehman Brothers in die Insolvenz trieb, zum Motor der nachfolgenden Krise erklärt. Vielmehr muss doch analysiert werden, wie durch die propagierte Liberalisierung der Finanzmärkte dieses Debakel auch bei Lehman Brothers entstehen konnte. Trotz der offensichtlichen Erfahrungen ist sich die Beratungswissenschaft immer noch zu fein oder aber auch zu feige, die machtvollen Krisenantreiber (vor allem die Hedge- und Privat Equity-Fonds sowie Investmentbanken) beim Namen zu nennen. Da wird lieber auf die Landes- und Sparkassen eingedroschen anstatt etwa die krisenverschärfende Rolle der Deutschen Bank zu kritisieren.

Unkonventionell effektiv die Krise überwinden

Die bitteren Erfahrungen aus 2008 lehren: Im neuen Jahr muss endlich die Herrschaft der Finanzmärkte gebändigt und die Produktionswirtschaft außerhalb der Finanzwelt für Arbeitsplätze und Umwelt gestärkt werden. Dazu werden vier Aktionsschwerpunkte vorgeschlagen:

- Durch weltweit abgestimmte Regulierungen, zu denen auch Verbote etwa von Leerkäufen gehören, müssen die Finanzmärkte auf die dienende Funktion der Finanzierung der Wirtschaft vor Ort wieder reduziert werden.

- Abgestimmt mit den großen Notenbanken sollte - wie jetzt in den USA - die Geldmenge quantitativ gesteuert werden. Die Geldversorgung darf nicht zum Engpass werden. Dazu gehört eine deutliche Senkung des Leitzinses der Europäischen Zentralbank von derzeit 2,5% bis zu 0% und damit die direkte Geldmengensteuerung.

- Ein noch so expansive Geldpolitik reicht jedoch nicht aus. Auch Deutschland bewegt sich in einer Liquiditätsfalle. Der Überhang an Liquidität, die derzeit über die Banken vor allem auf den Konten der Europäischen Zentralbank landet, findet nicht den Weg in die Finanzierung volkswirtschaftlicher Ausgaben und damit in Produktionsaufträge. Auch um eine Preisspirale nach unten (Deflation) zu verhindern, ist eine massives Zukunftsinvestitionsprogramm mit einem Einstiegsvolumen von 40 Mrd. € dringend erforderlich. Investitionen in die öffentliche Infrastruktur (Bildung, Hochschulen, Sanierung von Gebäuden, ökologischer Umbau) nützen kurzfristig der Wirtschaft vor Ort und längerfristig künftigen Generationen. Nicht Konsumgutscheine für Alle, sondern die gezielte Anhebung des Regelsatzes für Hartz IV- sowie anderer Bezieher von Sozialeinkommen hinzugefügt werden.

- Im aktuell verwirrenden Streit um die richtigen Instrumente wird derzeit viel zu wenig die Tatsache berücksichtigt, dass in den letzten Jahren Produktionsunternehmen in Deutschland insgesamt Milliarden-Beträge an den Spieltischen des internationalen Kasinokapitalismus eingesetzt haben. Dahinter verbergen sich explodierende Gewinne, die eben nicht dem Lehrbuch entsprechend für arbeitsplatzschaffende Sachinvestitionen verwendet worden sind. Lohnzurückhaltung wurde am Ende als Quell der Finanzmärkte missbraucht. Deshalb müssen im Neuen Jahr auch die Arbeitseinkommen erhöht werden. Zuwächse bei den Löhnen nach Abzug der Abgaben sowie der Geldentwertung sind für den Umbau in eine starke Binnenwirtschaft entscheidend.
